

Solidarität mit Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten!

Die Gewerkschaft syndicom verurteilt mit Nachdruck die zunehmende Gewalt und militärischen Konflikte weltweit, die insbesondere Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen in unannehmbare Weise betreffen.

Sie verurteilt den Völkermord in Gaza und die Untätigkeit des Bundesrates für einen Waffenstillstand und Frieden in Palästina aufs Schärfste. Mehr als 15'000 Frauen und 17'000 Kinder wurden in 16 Monaten in Gaza ermordet, ganz zu schweigen von den Tausenden von Vermissten, die noch unter den Trümmern liegen, den Zehntausenden von Menschen und Kindern, die verletzt wurden, lebenslang behindert sind, keinen Lebensunterhalt, keine medizinische Versorgung und kein Dach über dem Kopf haben und von Zwangsumsiedlung bedroht sind.

Sie verurteilt die anhaltende Gewalt und die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Kriegsgebieten weltweit aufs Schärfste. Systematische Massenvergewaltigungen, Vertreibungen und gezielte Angriffe auf Zivilist:innen werden dokumentiert und doch bleiben die Verantwortlichen straflos. Allein in den letzten Monaten wurden in der demokratischen Republik Kongo Tausende getötet, Millionen vertrieben und unzählige Frauen und Kinder Opfer sexualisierter Kriegsgewalt. Im Sudan hat der anhaltende Krieg zur weltweit grössten Vertreibungskrise geführt. Über 14 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes oder in Nachbarländer geflohen, während insgesamt rund 30 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, darunter 16 Millionen Kinder.

Als Gewerkschafter:innen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden einsetzen, fordern wir die konsequente Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sowie ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft zur Förderung friedlicher Lösungen, sei dies in der Ukraine, in Palästina, in der demokratischen Republik Kongo und in allen anderen Kriegsgebieten und Konfliktregionen weltweit!

Die Resolution 1325, verabschiedet vom UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000, unterstreicht die entscheidende Rolle von Frauen in Friedensprozessen und fordert deren verstärkte Beteiligung an Konfliktlösung, Friedensverhandlungen und Wiederaufbauprogrammen. Sie verlangt zudem einen besseren Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt in Kriegen und Konflikten.

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage fordern wir

- Sofortige und andauernde Waffenstillstände und diplomatische Lösungen in allen gegenwärtigen militärischen Konflikten, insbesondere in den am stärksten betroffenen Regionen wie der Ukraine, Palästina, Sudan und anderen kriegsgebeutelten Gebieten.
- Ein stärkeres Engagement der Schweiz für die Umsetzung der UN-Resolution 1325, einschließlich verstärkter politischer, finanzieller und diplomatischer Unterstützung für Friedensinitiativen, die explizit Frauen und marginalisierte Gruppen einbinden. Dazu gehört unter anderem auch die vollständige Finanzierung der Schweizer Beteiligung an den UNWRA-Geldern.

- Ein Ende der geschlechtsspezifischen und sexualisierten Gewalt in Konfliktgebieten durch gezielte Massnahmen zur Unterstützung betroffener Frauen und Mädchen, einschließlich Schutzprogramme, rechtliche Hilfe und psychosoziale Betreuung.
- Ein Import- und Exportverbot für Waffen und Technologien, die zur Eskalation von Konflikten beitragen, sowie eine stärkere Kontrolle der schweizerischen Rüstungsindustrie in Bezug auf ethische und menschenrechtliche Standards.
- Solidarität mit allen Frauen, die Opfer eines Krieges sind egal ob in Palästina, der Ukraine, im Sudan, in der demokratischen Republik Kongo und allen anderen Konfliktgebieten.
- Solidarität mit unseren Schwester-Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Konfliktregionen, die sich für den Schutz von Arbeitnehmer:innenrechten, Demokratie und Frieden einsetzen.

Wir setzen uns für eine friedliche Welt ein, in der soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmer:innenrechte im Frieden, wie auch in Krisenzeiten geschützt bleiben. Wir rufen unsere Mitglieder, den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, die nationale Politik, den Bundesrat und die internationale Gemeinschaft auf, sich aktiv für eine gewaltfreie Lösung globaler Konflikte einzusetzen und die in der UN-Resolution 1325 festgelegten Prinzipien umzusetzen.

Im Auftrag Frauenkonferenz vom 1. März 2025 zuhanden dem syndicom Kongress vom 20. und 21. Juni 2025.